

Gemeinsame Stellungnahme von

Deutsche Gesellschaft für Public Health

Deutsche Gesellschaft für Epidemiologie

Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention

zur öffentlichen Anhörung „COVID-19 RVO“ anlässlich des

Antrags der Bundestagsfraktion Bündnis90/Grüne vom

30.6.2020 (Bundestags-Drucksache 19/20565)

„Pandemierat jetzt gründen – Mit breiterer

**wissenschaftlicher Perspektive besser durch die Corona-
Krise“.**

Fachgesellschaften unterstützen die Einrichtung eines interdisziplinären wissenschaftlichen Beratungsgremiums zu COVID-19

Die unterzeichnenden Fachgesellschaften unterstützen die Einrichtung eines interdisziplinären wissenschaftlichen Beratungsgremiums, das für politische Entscheidungsprozesse konsultiert wird.

COVID-19: Alle gesellschaftlichen Bereiche sind betroffen

Die COVID-19-Pandemie betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche. Ob in der Kinderbetreuung, in Bildungseinrichtungen, an den Arbeitsplätzen, in der Freizeit oder in unterschiedlichen Wohnsituationen: In fast jeder Situation können Infektionen stattfinden oder aber verhindert werden. Jede Institution und auch jeder einzelne Mensch kann von der Pandemie betroffen sein und gleichzeitig das Pandemiegeschehen mit beeinflussen.

Komplexe Wechselwirkungen zwischen den Bereichen

Die Komplexität des Pandemiegeschehens für sich genommen bringt schon enorme Herausforderungen mit sich. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bereiche eng miteinander verflochten sind und wechselseitig aufeinander einwirken. Zum einen können höhere Infektionsraten, die in einem Bereich ausgelöst werden (z.B. größere Feiern mit engen Kontakten) Beschränkungen in anderen Bereichen nach sich ziehen. Zum anderen können Maßnahmen zur Verhinderung von Übertragungen in einem Bereich (z.B. Schließungen von Schulen) zu Einbußen in anderen Bereichen führen (Eltern können wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht zur Arbeit gehen). Dieser hohe Grad an Komplexität erschwert gut informierte Entscheidungen und die Bereitschaft der Bevölkerung, eventuelle Einschränkungen zu verstehen und mitzutragen.

Hohe Komplexität und Vielfalt der Themen erfordern interdisziplinäre Expertise

Spezialisierte Wissenschaftler*innen können notwendigerweise nur Teilbereiche des COVID-19-Geschehens überblicken. Parallel dazu haben Vertreter*innen unterschiedlicher gesellschaftlicher und professioneller Gruppen jeweils ihre eigene Perspektive auf bestimmte Probleme.

Dies wird am Beispiel der Frage von Schulschließungen bzw. -öffnungen deutlich. Der Grad der Infektiosität in Abhängigkeit vom Alter wird von Virolog*innen erforscht, die Fähigkeit und das Potenzial, Regeln und Abstände einzuhalten, von Verhaltenswissenschaftler*innen.

Kommunikationswissenschaftler*innen entwickeln Formate, um zielgruppengerecht Risiken und Schutzmaßnahmen zu vermitteln. Pädagog*innen erforschen, welche Unterrichtsformen unter den gegebenen Bedingungen am besten funktionieren und Sozialwissenschaftler*innen, wie sich die Einschränkungen auf Kinder mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen auswirken. Mehrere medizinische Fachrichtungen beschäftigen sich mit der Frage, welche Vorerkrankungen bei Schüler- und Lehrer*innen ein erhöhtes Risiko darstellen.

Arbeitsmarktforscher*innen berechnen, wie viele Eltern bei Schulschließungen durch Betreuungsaufgaben gebunden und dem Arbeitsmarkt entzogen sind. Genderforscher*innen, wie sich das differenziert auf unterschiedliche Geschlechter auswirkt. Epidemiolog*innen modellieren, auch auf Grundlage der Erkenntnisse der anderen Disziplinen, welche Effekte Schulschließungen bzw. -öffnungen auf die Infektionsrate in der Gesamtbevölkerung haben können, und Ökonom*innen entwickeln Modelle, um die Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Lage abschätzen zu können. Aus Sicht von Psycholog*innen ergeben sich Fragen zu den Effekten auf die psychische Gesundheit von Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern, und auch aus ethischer Perspektive ergeben sich vielfältige Fragen – deren Beantwortung auf viele der zuvor genannten Expertisen angewiesen ist.

Expertise aus den unterschiedlichen Disziplinen muss zusammengeführt werden

Schulschließungen bzw. -öffnungen sind nur eines von vielen Themen, zu denen aktuell Entscheidungen getroffen werden müssen, ohne dass auf bisherige Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. Jede einzelne Disziplin kann und muss relevante Beiträge liefern, kann aber die komplexen Fragen wie die im Beispiel genannte Frage nach dem richtigen Zeitpunkt von Schulschließungen bzw. -öffnungen nicht alleine beantworten. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zur Politikberatung ist daher zwingend notwendig. Die beteiligten Fachgesellschaften haben bereits die Zusammenarbeit von 30 Fachgesellschaften mit Gesundheits-, Ethik- und Ökonomiebezug im Kompetenznetz Public Health zu COVID-19 initiiert, um interdisziplinäre Hintergrundpapiere, Policy Briefs und Handreichungen zu erstellen. Die themenspezifische Zusammenarbeit mit weiteren Disziplinen wird angestrebt. Ein Austausch mit der Politik findet jedoch bisher eher regional und sporadisch statt.

Enger Austausch zwischen Politik und interdisziplinärer Expertise muss gewährleistet sein

Mit einem wissenschaftlichen Beratungsgremium, das kurzfristig interdisziplinäre Expertise zur Verfügung stellt, ließe sich sicherstellen, dass wichtige Entscheidungen nicht reaktiv und auf der Grundlage punktueller Überlegungen, sondern proaktiv und auf der Grundlage von systemischen Analysen getroffen werden. Die unterzeichnenden Fachgesellschaften unterstützen daher den Antrag zur Einrichtung eines solchen Beratungsgremiums.

Prof. Dr. med. Ansgar Gerhardus, M.A., MPH für die Deutsche Gesellschaft für Public Health

Prof. Dr. Eva Grill, MPH für die Deutsche Gesellschaft für Epidemiologie

Prof. Dr. med. Andreas Seidler, MPH für die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention

Kontakt:

Prof. Dr. med. Ansgar Gerhardus, M.A., MPH

Universität Bremen

Telefon: +49(0)421-218 688 00

Email: ansgar.gerhardus@uni-bremen.de